

Opposition siegt deutlich in Südkorea

Laut Prognose könnte die Opposition Präsident Yoon Suk Yeol stürzen.

SEOUL. Bei der Parlamentswahl in Südkorea hat sich kurz nach Schließung der Wahllokale am Mittwoch ein deutlicher Sieg der Gegner von Präsident Yoon Suk Yeol abgezeichnet. Laut ersten Prognosen konnten sich die oppositionelle Demokratische Partei (DP) von Lee Jae Myung und ihre Partner 197 Sitze im Parlament sichern und ihre bereits bestehende Mehrheit ausbauen. Yoons Partei Macht des Volkes (PPP) und ihre Verbündeten büßten an Stimmen ein und kamen lediglich auf zwischen 85 und 99 Sitze. Alle Oppositionsparteien zusammen könnten den Prognosen zufolge sogar eine sogenannte „Super-Mehrheit“ von mindestens 200 der 300 Parlamentssitze errungen haben. Dazu würden die zwölf bis 14 Sitze der neuen Partei „Rebuilding Korea“ des ehemaligen Justizministers Cho Kuk zählen. Diese Mehrheit würde es der Opposition ermöglichen, Präsident Yoon zu stürzen. PPP-Chef Han Dong Hoon nannte die Prognosen „enttäuschend“. Das Volk habe die Regierung von Yoon abgestraft, sagte der ehemalige Justizminister Cho. Die Wahl galt als Kampfabstimmung zwischen dem konservativen Yoon und seinem Rivalen Lee. *AFP*

Kurz berichtet

USA und Japan wollen Bündnis stärken

WASHINGTON. Die USA wollen die militärische Kooperation mit Japan stärken und ihre Streitkräfte in dem Land modernisieren. Das erklärte eine Regierungsbeamte im Vorfeld eines Staatsbesuchs von Premier Fumio Kishida in Washington in dieser Woche. *dpa*



Fumio Kishida Foto: -/kyodo/dpa

Heftige Kämpfe in Myanmar

MYAWADDY. Seit Dienstag toben in Myanmar nach Medienberichten in Myawaddy an der Grenze zu Thailand heftige Kämpfe. Ein Bündnis unter Führung des bewaffneten Flügels der Karen National Liberation Army hatte dem Militär bereits vergangene Woche schwere Verluste zugefügt. *dpa*

Leopoldina für CO₂-Speicherung

HALLE. Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina spricht sich zum Schutz des Klimas dafür aus, der Atmosphäre das Treibhausgas Kohlendioxid zu entziehen. Sie befürwortet unter anderem die unterirdische CO₂-Speicherung. *epd*

Es schien, als schwappte eine Welle der Zuversicht durch Deutschland – als Anfang des Jahres Hunderttausende für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus auf die Straße gingen. In so gut wie allen großen Städten Deutschlands ließen sich nach den Recherchen von Correctiv zu rechtsextremen Netzwerken Wochenende für Wochenende Massen mobilisieren. Die viel beschworene schweigende Mehrheit in der gesellschaftlichen Mitte – da war sie, laut und gut hörbar. Die Historikerin Hedwig Richter sprach von einem Fest, die Menschen feierten die Demokratie. Und die Hoffnung machte sich breit, dass dieser Geist anhalten könnte.

Doch wie fast zu erwarten war – so die Lehre aus früheren Bewegungen von Fridays for Future bis zur Willkommenskultur für Flüchtlinge oder der Solidaritätswelle zu Beginn der Coronapandemie – ebte die Begeisterung nach der ersten Anfangseuphorie immer weiter ab. War's das also?

Bei aller Verdrossenheit über „die Politik“ und die Machtkämpfe innerhalb der

Leitartikel

Kreuzchen für die Demokratie

Im BaWü-Check zeichnet sich eine hohe Wahlbeteiligung ab. Das gibt Anlass zur Hoffnung.

VON ANNIKA GRAH

Ampel steht viel auf dem Spiel, wenn demokratische Grundwerte und Menschenrechte – wie es den Eindruck bei dem von Correctiv aufgedeckten Treffen machte – infrage gestellt werden. Zumindest mit Blick auf die Kommunalwahlen besteht Hoffnung, dass der Punkt bei den Menschen angekommen ist.

Dass zeigt der aktuelle BaWü-Check, der belegt, dass – bei aller Vorsicht, mit der solche Prognosen zu diesem frühen Zeitpunkt vor der Wahl zu genießen sind – die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl wieder ebenso hoch sein könn-

te wie schon 2019. Damals war der höchste Wert seit den 1990er Jahren erreicht worden. In der Umfrage sind 62 Prozent entschlossen, zur Wahl zu gehen. Geben sich diejenigen einen Ruck, die bisher „wahrscheinlich“ ihre Stimme abgeben wollen – könnte es einen neuen Höchstwert für eine Kommunalwahl geben.

Das sollte zuversichtlich stimmen. Allein, es zeigt die Wahlforschung, dass der Wähler ein wankelmütiges Geschöpf ist und sich neben langfristig erworbenen politischen Einstellungen auch von Nebensächlichkeiten wie dem Wetter



beeinflussen lässt. Bei schönem Wetter steigt die Wahlbeteiligung, wenn auch meist nur geringfügig. Nur wenn es eine knappe Wahl ist, sinkt der Einfluss. Niemand will sich ärgern, wenn ausgerechnet die andere Seite wegen ein paar Regentropfen die entscheidenden Prozentpunkte mehr bekommt.

Doch nach der Mobilisierung zu Anfang des Jahres bleibt die Hoffnung, dass weniger das Wetter als die düsteren Wolken über den westlichen Demokratien den Anreiz geben, zur Wahl zu gehen. Es dürfte jedem klar sein. Wer für die Demokratie einstehen will,

kann und muss diese in erster Linie in der Wahlkabine unterstützen. Mit der Besonderheit, dass es bei der anstehenden Wahl der Gemeinderäte nicht nur um eine politische Vertretung, sondern um ganz konkrete Entscheidungen über das Gemeinwesen im allernächsten Umfeld geht.

Die Kreuzchen über die Vielzahl von Stimmzetteln zu verteilen und nachzurechnen, dass man beim Kumulieren und Panaschieren keine Fehler macht, mag sich weniger glamourös anfühlen, als mit Tausenden anderen auf der Straße zu stehen. Doch am Ende ist es die Entscheidung am heimischen Küchentisch im Falle der Briefwahl oder in einem Klassenzimmer, wenn man ins Wahllokal geht, die die Zukunft unserer Demokratie und unseres Gemeinwesens mitbestimmt. Dafür braucht es vor allem eines: gute Angebote von den Kandidatinnen und Kandidaten, die die Entscheidung erleichtern. Die Kommunalwahl wird also nicht nur in parteipolitischer Hinsicht ein Gradmesser für den Zustand unserer Demokratie.

EU beschließt schärfere Asyl-Gesetze

Das Europaparlament hat seit Jahren über eine Reform der Asylverfahren gestritten. Beschlossen wurde am Mittwoch nun ein deutlich härterer Umgang mit Menschen vor allem aus jenen Ländern, die als relativ sicher gelten.

■ Von Knut Krohn

BRÜSSEL. Seit acht Jahren hat die Europäische Union über die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (Geas) gestritten. Nun hat das EU-Parlament in Brüssel am Mittwoch für die Asylreform gestimmt. Die Abgeordneten machten den Weg frei für einen Kompromiss, mit dem die bisherigen Regeln für Migration in die Europäische Union deutlich verschärft werden.

Die Befürworter betonten, dass mit den Regelungen Lehren aus den Jahren 2015 und 2016 gezogen worden seien. Sie sind überzeugt, dass die irreguläre Migration in Richtung Europa in Zukunft entscheidend eingedämmt werden kann. Kritiker befürchten, dass Hilfesuchende entrechtet werden und an den Außengrenzen Europas noch mehr leiden müssen.

Das Ziel des Asyl- und Migrationspaketes

Die Staaten an den EU-Außengrenzen sind mit der Versorgung und Registrierung der ankommenden Menschen überfordert. Vor allem Italien und Griechenland sollen mit einer Verschärfung der Asylregeln entlastet werden.

Einheitliche Verfahren an Außengrenzen

Zentraler Punkt der Reform

Ein erster Schritt ist, dass die Ankommenden möglichst lückenlos erfasst werden. Zu diesem Zweck werden sie mit Fingerabdrücken und Fotos registriert und in der Eurodac-Datenbank der EU gespeichert. Erstmals sind Kinder ab sechs Jahren davon betroffen, bisher galt 14 als Untergrenze. Parallel dazu wird überprüft, ob ein Migrant eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sein könnte.

Haftähnliche Bedingungen

Grundsätzlich soll gelten: Migranten, die von Anfang an kaum Chancen auf einen positiven Asylbescheid haben, werden an der Weiterreise gehindert. Das betrifft etwa Menschen aus Tunesien, Marokko oder Bangladesch. Dasselbe gilt



Vor allem Italien und Griechenland sollen durch die Neuregelung entlastet werden. Foto: dpa/Petros Giannakouris

für Menschen, die die Behörden in die Irre geführt haben, etwa mit einem falschen Pass. Bis zur Entscheidung über den Asylantrag sollen die Menschen bis zu zwölf Wochen unter haftähnlichen Bedingungen in Auffanglagern untergebracht werden können. Betroffene sollen einen kostenlosen Rechtsbeistand erhalten.

Ausnahmen für Kinder

Ausgenommen von diesen harten Grenzmaßnahmen sind unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge. Deutschland hatte gefordert, insgesamt Familien

mit Kindern von diesen harten Grenzmaßnahmen auszunehmen, ist damit aber gescheitert.

Besondere Regeln bei einer Krise

Steigt die Zahl der ankommenden Migranten in einem Zeitraum besonders schnell an, greift die sogenannte Krisenverordnung. Dann kann vom Standard-Asylverfahren abgewichen werden und etwa der Zeitraum verlängert werden, in dem Menschen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden können. Zudem könnte der Kreis derjenigen

vergrößert werden, der für die geplanten strengen Grenzverfahren infrage kommt. Das gälte dann für Menschen aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungquote von maximal 50 Prozent.

Solidarität mit den EU-Grenzstaaten

Trotz der neuen Regelung gilt weiter das sogenannte Dublin-Abkommen. Das heißt, dass das Land der ersten Einreise für einen Asylantrag zuständig ist. Im Gegenzug sollen aber die anderen EU-Mitglieder besonders betroffenen Staaten wie Italien und Griechenland eine gewissen Zahl an Migranten abnehmen. Geplant ist, dass im Rahmen eines „Solidaritätsmechanismus“ jährlich mindestens 30000 Migranten umverteilt werden. Auf Deutschland kämen theoretisch rund 6600 Menschen pro Jahr zu. Dagegen stemmen sich aber Staaten wie Ungarn. Sie könnten sich in Zukunft freikaufen, im Gespräch sind 20000 Euro pro Migrant. Alternativ können sie Grenzbeamte entsenden oder Projekte in Drittländern finanzieren.

Die Karikatur



Grenzbereiche

Karikatur: Tomicek

Klarheit für Armee gefordert

Der Bundeswehrverband warnt vor schwerem Schaden, falls der Kanzler den weiteren Kurs zur Finanzierung der Bundeswehr jetzt nicht vorgibt.

BERLIN. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Oberst André Wüstner, hat ein „Machtwort“ von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Streit um die Finanzierung der Bundeswehr gefordert. „Wenn für unsere Regierung Worte wie Verteidigungsfähigkeit, Schutz oder Wehrhaftigkeit nicht bloße Worthülsen sein sollen, muss Bundeskanzler Scholz seine Richtlinienkompetenz wahrnehmen und ein Machtwort sprechen. Tut der das nicht, muss die Zeitenwende zumindest in der Bundeswehr

für beendet erklärt werden“, sagte Wüstner. Konkret warnte er auch davor, dass die deutsche Rüstungsindustrie den dringend nötigen Ausbau ihrer Kapazitäten nicht fortsetzen werde, wenn das sogenannte Sondervermögen Ende dieses Jahres verplant sei, ohne dass der weitere Kurs erkennbar sei.

Die Bundesregierung hat zugesagt, dass Deutschland den in der Nato vorgesehenen Mindestanteil am Bruttoinlandsprodukt von zwei Prozent erreichen wird, erstmals im laufenden Jahr. Mittel dazu ist

der 100-Milliarden-Euro kreditfinanzierte Sondertopf für die Bundeswehr.

Derzeit sind laut Verteidigungsministerium rund 80 Prozent davon „gebunden“, das heißt es gibt verbindliche Entscheidungen wie Verträge und Aufträge oder auch politische Festlegungen. Bis Ende dieses Jahres werden den Planungen nach 100 Prozent so gebunden sein. Dann können weitere neue Vorhaben nur noch aus dem mehr als 50 Milliarden Euro umfassenden Verteidigungsetat bezahlt werden. *dpa*